

Verheerender Irrtum

In der öffentlichen Debatte wird so getan, als hätte sich Hans Eichel zum Konjunkturpolitiker gewandelt – eine falsche und gefährliche Schlussfolgerung **VON SEBASTIAN DULLIEN**

Wenn in Deutschland über Wirtschaftspolitik geredet wird, scheinen viele Politiker nach dem Motto zu verfahren: „Ein fundierter Blick auf die Fakten behindert nur die offene Diskussion.“ Dass Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber in der Talkshow von Sabine Christiansen behauptete, Deutschlands Anteil am Welthandel sei auf acht Prozent gefallen, obwohl er nach aktuellen Daten längst wieder über die Zehn-Prozent-Marke gestiegen ist, ist nur ein Beispiel. Die Debatte um Eichels Finanzpolitik in der vergangenen Woche war durch Unkenntnis oder das bewusste Ignorieren ökonomischer Details gekennzeichnet – sowohl durch Koalition wie durch Opposition.

Er habe gelernt, dass er in einer Stagnation keine „restriktive Finanzpolitik“ machen könne, erklärte Finanzminister Hans Eichel die hohe Neuverschuldung für das laufende Jahr und seinen Vorschlag, auch 2004 ein etwas höheres Defizit als ursprünglich geplant hinzunehmen. Die Opposition nahm die Vorlage auf und warnte vor Versuchen einer aktiven Konjunkturpolitik. Auf keinen Fall dürfe das Vorziehen der Steuerreform mit höheren Schulden finanziert werden, tönnte etwa Hessens Ministerpräsident Roland Koch.

Dabei ist schon die Grundbehauptung Eichels falsch: Die Finanzpolitik in Deutschland ist trotz der gewaltigen Defizite alles

andere als konjunkturstützend. Laut dem Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute dürfte das strukturelle, also um Konjunkturreinflüsse bereinigte, Staatsdefizit im laufenden Jahr um einen ganzen Prozentpunkt zurückgehen. So stark ist das Strukturdefizit laut Daten der Industrieländerorganisation OECD seit der Wiedervereinigung in keinem Jahr zurückgeführt worden.

Der enorme Fehlbetrag in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden geht nicht auf eine aktive Konjunkturpolitik zurück, sondern darauf, dass die Steuereinnahmen wegen des anhaltend schwachen Wachstums erneut deutlich hinter den Erwartungen zurückblieben, gleichzeitig aber die Ausgaben etwa für Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe anzogen.

Der grundsätzlich stabilisierende Effekt eines derart steigenden Defizits im Abschwung ist unter dem Stichwort „automatische Stabilisatoren“ unter Ökonomen weitgehend unbestritten. Gerade wenn die Arbeitslosigkeit steigt, lässt der Staat den Privaten mehr Geld, damit diese ihren Konsum nicht ebenfalls deutlich beschneiden müssen und damit die Krise verschärfen. Doch anders als in früheren Abschwüngen wurde diesmal der stützende Impuls

durch massive Einschnitte an anderen Stellen fast komplett zunichte gemacht.

Zu Jahresbeginn erhöhte Rot-Grün Beiträge zu den Sozialversicherungen. In Berlin sind Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst von bis zu 12,5 Prozent im Sommer in Kraft getreten, in vielen Bundesländern wird dank härterer Durchführungsverordnungen bei Sozial- und Arbeitslosenhilfe weniger Geld

ausgezahlt. Die Auftragsgänge im Tiefbau deuten zudem darauf hin, dass sich die Gemeinden mit Investitionen zurückhalten. Kurz: Die Finanzpolitik hat alles getan, um die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zu behindern – was nicht zuletzt zur Stagnation der deutschen Wirtschaft beigetragen haben dürfte.

Auch im kommenden Jahr werden Bund, Länder und Gemeinden nach aktuellen Planungen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bremsen – selbst wenn die Steuerreform zum Teil über neue Schulden finanziert wird und Deutschlands Neuverschuldung 2004 erneut die Drei-Prozent-Grenze des EU-Vertrags verletzt.

Laut dem Herbstgutachten werden die Privathaushalte trotz einer Entlastung aus den beiden anstehenden Steuerreformstufen von etwa 22 Mrd. € gegenüber 2003 in der Summe um 10

Mrd. € mehr belastet. Die ohnehin beschlossenen Einschnitte wie höhere Tabaksteuer, Zuzahlungen bei Arztbesuchen und neue Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst machen die anstehenden Steuersenkungen mehr als wett.

Die verquere öffentliche Wahrnehmung der Haushaltspolitik als konjunkturstützend ist aber nicht nur falsch, sie ist auch gefährlich, weil sie falsche Schlüsse für die Politik nahe legt. Das Vorziehen der Steuerreform ist keineswegs der Versuch, mit expansiver Finanzpolitik die Wirtschaft anzukurbeln. Vielmehr werden durch die Steuersenkungen gerade die größten Bremswirkungen der ansonsten höchst restriktiven Finanzpolitik abgemildert.

In der Summe mag das diesmal gut gehen, wenn die globale Konjunktur anzieht und Deutschland die lang erhoffte Erholung bringt. Eichels Bremskurs bleibt aber ein Risiko, weil sich die Konjunktur trotz des jüngsten Anstiegs des Ifo-Index noch nicht selbst trägt.

Kochs Forderung nach einer Finanzierung der vorgezogenen Steuerreform ohne weitere Schulden würde bedeuten, der ohnehin labilen Konjunktur im entscheidenden Moment weitere Bremsklötze anzulegen. Wie Rot-Grün schmerzlich bereits im laufenden Jahr erfahren musste, ist eine solche Strategie kaum erfolgversprechend.

Die Steuerreform mildert die Bremswirkung der restriktiven Finanzpolitik allenfalls